

BULLETIN N°92 – September 2025

Botschaft des FMA-Präsidenten

Sehr geehrte Mitglieder,

die Kulturdiplomatie ist ein wichtiges Instrument in der heutigen immer komplexer werdenden Welt. Sie dient dazu, das gegenseitige Verständnis zu fördern, das kulturelle Erbe zu bewahren und die politischen und wirtschaftlichen Beziehungen zu vertiefen. Dabei wird auf ein Miteinander und nicht auf Konfrontation sowie auf gegenseitigen Respekt anstelle einer Bevormundung gesetzt. Während die Machtverhältnisse derzeit oft die Bemühungen der letzten Jahrzehnte überschatten, Frieden auf der Grundlage von Rechtsstaatlichkeit zu erreichen, werden wir durch die Kulturdiplomatie daran erinnert, dass Zusammenarbeit und Verständigung möglich sind. In dieser Ausgabe wird beleuchtet, wie die Kulturdiplomatie dazu beiträgt, Brücken zu bauen, das gegenseitige Verständnis zu fördern und den grenzübergreifenden Austausch zu stärken. Die EU setzt sich dafür nach wie vor durch Initiativen wie Austauschprogramme, Bemühungen um die Erhaltung des kulturellen Erbes und weltweite Partnerschaften ein.

Die vorliegende Ausgabe steht ferner im Zeichen eines wichtigen Jahrestags. Am 12. Juni 2025 wurde der 40. Jahrestag der Unterzeichnung des Vertrags über den Beitritt Portugals und Spaniens zu den Europäischen Gemeinschaften begangen. Durch den Beitritt dieser beiden Länder wurde nach Jahrzehnten autoritärer Regime nicht nur die Demokratie gefestigt, sondern auch für Wirtschaftswachstum in beiden Ländern gesorgt. Dabei waren allerdings nicht nur Gesetze und Rechtsrahmen ausschlaggebend. Die Kulturdiplomatie hat wesentlich dazu beigetragen, die Herzen und Gemüter zu öffnen, Raum für Dialog zu schaffen und diese Länder fest im europäischen Projekt zu verankern. Gleichzeitig wurden durch den Beitritt Portugals und Spaniens die Sichtweisen des Mittelmeerraums innerhalb der EU gefördert, was sich in der Folge in der Politik der EU, insbesondere in den Bereichen maritime Angelegenheiten, Landwirtschaft und Tourismus, niederschlug.

Aber zurück zur Gegenwart – der dänische Ratsvorsitz (1. Juli bis 31. Dezember 2025) ist der Ansicht, dass Kultur und Medien ein fester Bestandteil der Kulturdiplomatie sind. Das gilt sowohl für die Stärkung der Demokratie innerhalb der EU als auch für die Verbreitung europäischer Werte in der Welt. Der dänische Ratsvorsitz hat es sich auf die Fahnen geschrieben, den Europäischen Schutzschild für die Demokratie zu stärken, der der Abwehr von Desinformation und Einflussnahme aus dem Ausland dient. Hierzu sollen digitale Kompetenzen, freie und pluralistische Medien und verlässliche Informationskanäle gefördert werden. Dabei handelt es sich nicht allein um Maßnahmen für die innere Sicherheit. Auf diesem Weg wird auch gezeigt, dass sich die EU für Demokratie und Transparenz, für militärische Sicherheit und für den europäischen Frieden stark macht. Die Mitglieder des Vereins der ehemaligen Mitglieder des Europäischen Parlaments (VEM) werden Gelegenheit haben, diese und andere brisante Themen während unseres geplanten Besuchs in Kopenhagen vom 5. bis 7. November 2025 zu diskutieren. In der Dezemberausgabe wird dann ein vollständiger Bericht über den Besuch veröffentlicht.

Im Sinne der transatlantischen Zusammenarbeit hat Monica Baldi, die Vizepräsidentin des VEM, kürzlich an der 38. Jahrestagung der kanadischen Vereinigung ehemaliger Parlamentarier des kanadischen Parlaments (CAFP) teilgenommen und den VEM dort vertreten. Ihre Teilnahme zeigt, dass es uns wichtig ist, mit gleichgesinnten Organisationen auf der ganzen Welt zusammenzuarbeiten und sich dabei stets vor Augen zu führen, dass die Demokratie ein schützenswertes Gut ist und wir weltweit für den Dialog eintreten müssen. In dieser Ausgabe finden Sie einen Bericht über den Besuch, der aus der Feder von Léo Duguay, dem Präsidenten der CAFP, und Carolina Moore, der Logistikbeauftragten der CAFP, stammt.

Unser Programm „European Parliament to Campus“ ist nach wie vor sehr erfolgreich, was ebenso für unsere Zusammenarbeit mit dem Europäischen Hochschulinstitut und dem Historischen Archiv der EU gilt. In den vergangenen Monaten waren ehemalige Mitglieder des Europäischen Parlaments in ganz Europa und darüber hinaus unterwegs, um mit Studierenden über die Geschichte der europäischen Demokratie zu sprechen. In der vorliegenden Ausgabe können Sie erfahren, was sie dabei erlebt haben. Zudem kann ich Ihnen mitteilen, dass Bildungseinrichtungen großes Interesse daran gezeigt haben, sich für das Programm „European Parliament to Campus 2025-2026“ zu bewerben, zumal die VEM-Mitglieder sehr gerne Anfragen nachkommen, bei diesen Einrichtungen als Redner aufzutreten.

Zu guter Letzt möchte ich Sie an dieser Stelle zu den jährlichen Veranstaltungen des VEM am 9. und 10. Dezember 2025 in Brüssel einladen. Dazu gehört unter anderem die Vorstellung des von Michele Fiorillo herausgegebenen Buches „Ten Elections. A History of the European Parliament at the ballot box (1979-2024)“ (Zehn Wahlen. Eine Geschichte des Europäischen Parlaments an der Wahlurne (1979-2024)). Diese Veranstaltung im Rahmen der Librorum-Reihe bietet die Gelegenheit, über Geschichte und Entwicklung der Wahlen zum Europäischen Parlament nachzudenken. Das Sammelwerk vereint Erkenntnisse und Betrachtungen vieler verschiedener amtierender und ehemaliger Mitglieder des Europäischen Parlaments sowie renommierter Sachverständiger für EU-Politik.

Abschließend möchte ich mich bei allen bedanken, die in der letzten Zeit einen Beitrag zu den Aktivitäten des VEM und insbesondere zur Septemбераusgabe des Bulletins geleistet haben. Ich möchte alle Mitglieder dazu aufrufen, weiterhin engagiert und aktiv an unserem Auftrag mitzuwirken, den politischen Dialog, den Demokratieaufbau und bürgerschaftliches Engagement zu fördern.

Ich wünsche Ihnen eine angenehme Lektüre dieser Ausgabe und freue mich bereits darauf, Sie bei künftigen Veranstaltungen des VEM begrüßen zu dürfen.

Mit herzlichen Grüßen



Klaus Hänsch

Vorsitzender des Vereins der ehemaligen Mitglieder

Aktuelle Themen: 40. Jahrestag des Beitritts von Spanien und Portugal

Am 12. Juni dieses Jahres jährte sich zum 40. Mal die Unterzeichnung des Vertrags über den Beitritt Spaniens und Portugals zu den Europäischen Gemeinschaften, wie sie damals noch genannt wurden.

Zu dem Zeitpunkt, an dem die Einigung erzielt wurde, war Jacques Delors Kommissionpräsident und Giulio Andreotti Außenminister Italiens. Das Land hatte zum damaligen Zeitpunkt den Ratsvorsitz inne, wobei Präsident François Mitterrand die Verhandlungen während des vorangegangenen französischen Ratsvorsitzes entscheidend vorangetrieben hatte.

In Spanien war damals Felipe González Ministerpräsident, Fernando Morán Außenminister, Manuel Marín Staatssekretär und Gabriel Ferrán Botschafter und ständiger Vertreter Spaniens bei den Europäischen Gemeinschaften. Ihre Unterschriften sind im Original des Vertrags enthalten, das sich im Generalsekretariat des Rates in Brüssel befindet.

Der Vertrag stand am Ende eines langwierigen Prozesses, der mit der Antragsstellung begann. Nach der ersten demokratischen Wahl hatte Adolfo Suárez seinen Außenminister Marcelino Oreja hiermit beauftragt. Die Verhandlungen wurden 1979 eröffnet und führten zur Unterzeichnung des Vertrags im Säulensaal des Königlichen Palasts in Madrid, wobei die Szene, die denjenigen von uns, die sie miterlebten, noch deutlich vor Augen steht.

Vor dem 25. April 1974 war Portugal mit der Unterzeichnung des Stockholmer Vertrags 1959 als eines der Gründungsländer in die EFTA aufgenommen worden. Dies war jedoch bei der EWG (den Gemeinschaften), die nur Ländern mit politischen Demokratien offenstand, nicht möglich.

Der von den meisten Parteien (im Falle der PDS bereits unter Sá Carneiro) gewünschte Antrag auf Beitritt zu den Gemeinschaften wurde 1977 unter Ministerpräsident Mário Soares gestellt. Als Ministerpräsident ist er auch einer der Unterzeichner des Beitrittsvertrags, der im Hieronymitenkloster in Lissabon außerdem von dem stellvertretenden Ministerpräsidenten Rui Machete, Außenminister Jaime Gama und Finanzminister Ernani Lopes unterzeichnet wurde.

An der feierlichen Unterzeichnung, die für uns unvergesslich ist, nahmen Jacques Delors, Bettino Craxi, Giulio Andreotti und der spanische Ministerpräsident Felipe González teil, der Stunden später in Madrid den Beitrittsvertrag seines Landes unterzeichnen sollte.

In Spanien wurde der Ratifizierungsprozess im Parlament nach der Unterzeichnung und Zustimmung durch das Staatsoberhaupt eingeleitet. Im Sommer 1985 ratifizierte das spanische Parlament den Beitritt mit Einstimmigkeit. In den Aufzeichnungen des Parlaments vom 26. Juni 1985 heißt es insbesondere, dass die Abgeordneten nach der Abstimmung, als das Ergebnis auf der elektronischen Anzeigetafel angezeigt wurde, wobei mit allen 309 abgegebenen Stimmen dafür gestimmt wurde, aufstanden und in laute und langanhaltende Beifallsbekundungen ausbrachen. Das wäre heute kaum vorstellbar.

In den darauffolgenden Monaten erteilten die Parlamente der zehn Mitgliedstaaten ihre Zustimmung zum Beitritt der beiden Länder. Dadurch wurden Spanien und Portugal am 1. Januar 1986 offiziell zu Mitgliedern der Gemeinschaft.

Die Artikel wurden professionell ins Deutsche übersetzt.
Einige Elemente wurden jedoch automatisch übersetzt und können kleinere Fehler enthalten.

In den Beitrittsanträgen war sehr klar, dass es sich um eine Integration handeln sollte, die – wie es auch tatsächlich der Fall war – zur Gewährleistung demokratischer Situationen beitragen würde.

Natürlich ging es aber auch darum, die wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und kulturellen Bedingungen zu verbessern, was in den letzten vierzig Jahren dann auch der Fall war. Die aktuelle Situation in Spanien und Portugal ist dabei sehr unterschiedlich.

Mit Auswirkungen auf alle Bereiche sind die in den beiden Ländern erzielten Erfolge weitgehend auf die Mittel zurückzuführen, die sie erhalten haben, um wichtige Infrastrukturvorhaben und beispielsweise Forschungs- und Entwicklungsprogramme sowie die Qualifikation der Personen zu fördern.

Für die erzielten Fortschritte war jedoch auch die Öffnung der Volkswirtschaften und Länder von größter Bedeutung. Dies wiederum wurde durch die Schaffung des europäischen Binnenmarkts erheblich verstärkt, da es dadurch an keine Unterbrechungen mehr an der Grenze gab und gemeinsame Regeln bei den Produktionsverfahren in Kraft traten. Erwähnenswert ist auch der Beitrag, der mit der Einführung des Euro geleistet wurde, die zu einem stärkeren und erwünschten Wettbewerb führte.

Zu betonen ist auch die Stärkung dieses Gefühls der Unionsbürgerschaft in einem Raum ohne Grenzen, in dem sich die Bürgerinnen und Bürger enger und stärker integriert fühlen. Dabei liegt ein besonderer Schwerpunkt auf unserer Jugend: Vor allem das Erasmus-Programm verzeichnet herausragende Erfolge.

Obwohl die Vorteile für beide Länder klar sind, sollte auch der Beitrag hervorgehoben werden, der auf allen Ebenen zur Europäischen Union geleistet wurde, wobei in einigen Fällen die Bevölkerung Spaniens und Portugals die größte Verantwortung in den EU-Organen übernimmt: beispielsweise beim Europäischen Rat, dem Europäischen Parlament, der Europäischen Kommission, den Gerichten sowie natürlich den Ratsvorsitzen, die uns übertragen wurden.

Erwähnenswert ist insbesondere die Rolle, die Spanien und Portugal bei der Annäherung an Länder auf anderen Kontinenten spielen können, wo sie im Laufe der Jahrhunderte präsent waren, da die Beziehungen auch heute noch sehr eng sind: In der heutigen globalen Welt ist es für die Europäische Union besonders wichtig, solche Annäherungen zu verstärken.

Anlässlich dieses wichtigen Jahrestags fanden Vortragsreihen mit Protagonisten jenes historischen Augenblicks und herausragenden Wissenschaftlern statt. Ziel war, das Bewusstsein für seine Bedeutung zu schärfen und an all jene zu erinnern, die mit Feuereifer daran mitarbeiteten, ihn zu ermöglichen.

Teresa Riera

S&D, Spanien (2004-2014)

trierama@gmail.com

Manuel Porto

ELDR/EPP, Portugal (1994-1996/1996-1999)

mporto@fd.uc.pt

Aktuelle Themen: Das Mandat der Europäischen Arbeitsbehörde verdient eine Überarbeitung

Am 25. Mai veröffentlichte die Kommission den Bericht „Bewertung der Europäischen Arbeitsbehörde (ELA)“, in dem sie gemäß Artikel 40 der Verordnung (EU) 2019/1149 „die Leistung der Behörde im Verhältnis zu ihren Zielen, ihrem Auftrag und ihren Aufgaben“ bewertet, und zwar hinsichtlich des Zeitraums von Juli 2019 bis Ende März 2023.

Darin wird die Rolle der ELA in Bezug auf die Unterstützung der Mitgliedstaaten bei der Sicherstellung einer fairen Arbeitskräftemobilität unterstrichen, es wird jedoch auch die „Notwendigkeit hervorgehoben, die ELA zu stärken und die Wirksamkeit und Effizienz ihrer Tätigkeiten zu verbessern, und es wird darauf hingewiesen, dass ihr Auftrag möglicherweise einer Überarbeitung bedarf“. Abschließend wird festgestellt: „Trotz erheblicher Fortschritte steht die ELA aufgrund bestimmter Einschränkungen ihres Auftrags vor der Herausforderung, ihr Potenzial vollumfänglich auszuschöpfen. [...] In einem komplexen Umfeld mit ausgewogenen nationalen und EU-Kompetenzen ist es schwierig, Lösungen zu finden, und es wird Zeit brauchen, einen größtmöglichen EU-Mehrwert zu erzielen.“

Mein besonderes Interesse an diesen Ergebnissen ist darauf zurückzuführen, dass ich die Funktion des Ko-Berichterstatters für die Verordnung zur Errichtung der ELA im Parlament innehatte. Ich bin daher der Ansicht, dass als allgemeine Referenz zur Bewertung der Fortschritte, die die ELA seit ihrer Gründung im Juli 2019 erzielen konnte, die ursprüngliche Idee hinter der Schaffung einer solchen Einrichtung herangezogen werden sollte. Aus diesem Grund soll an dieser Stelle an die ursprüngliche Idee, wie sie von dem damaligen Präsidenten der Kommission Jean-Claude Juncker im September 2017 im Rahmen seiner an das Parlament gerichteten Rede zur Lage der Union dargelegt wurde, erinnert werden: „Für mich ist Europa mehr als Binnenmarkt, Geld, Währung, Euro. Es geht immer vorrangig um Werte. In einer Union der Gleichberechtigten kann es keine Arbeitnehmer zweiter Klasse geben. Menschen, die die gleiche Arbeit am gleichen Ort verrichten, sollen das gleiche Gehalt bekommen. Wir sollten sicherstellen, dass alle EU-Vorschriften zur Mobilität von Arbeitskräften auf gerechte, einfache und wirksame Art und Weise durchgesetzt werden – und zwar mit Hilfe einer neuen europäischen Aufsichts- und Umsetzungsbehörde. Es ist absurd, dass eine Bankenaufsichtsbehörde darüber wacht, ob Bankenstandards eingehalten werden. Es ist absurd, dass es keine gemeinsame Arbeitsbehörde gibt, die für Fairness innerhalb des Binnenmarktes sorgt. Wir werden diese Behörde schaffen.“

Jedoch fällt schon bei einem flüchtigen Vergleich mit dem Mandat der Europäischen Bankenaufsichtsbehörde auf, dass zwischen den beiden ein erheblicher Unterschied besteht. Neben der unterstützenden Funktion, die sie ausübt, kann die Europäische Bankenaufsichtsbehörde technische Standards einführen, Leitlinien und Empfehlungen herausgeben, Einzelentscheidungen treffen, Stellungnahmen abgeben, die notwendigen Informationen sammeln, gemeinsame Methoden erarbeiten und eine Datenbank bereitstellen. Selbst, wenn man die unterschiedlichen Ebenen der Befugnisse der EU hinsichtlich der Geldpolitik im Vergleich mit Beschäftigung und sozialen Angelegenheiten berücksichtigt, wird dennoch deutlich, dass nicht der notwendige Wille vorhanden war, um die ELA mit den durchaus realisierbaren Befugnissen der Überwachung und der Normsetzung auszustatten.

In meinem Artikel „Die entscheidende Rolle der Europäischen Arbeitsbehörde (ELA) hinsichtlich der Wettbewerbsfähigkeit und des Wohlbefindens“, der im VEM-Bulletin vom September 2019 veröffentlicht wurde, wies ich darauf hin, dass die größte Herausforderung der ELA nun darin bestehe, „unter Beweis zu stellen, dass sie einen entscheidenden Mehrwert für einen gut funktionierenden einheitlichen Arbeitsmarkt liefern kann, bei dem sich die Lohnniveaus allmählich angleichen und der soziale Sicherheit bietet. [...] Die ELA sollte nicht mit einer Vielzahl von Aufgaben überlastet werden, sondern sich auf Sozialdumping, Briefkastenfirmen, nicht angemeldete Erwerbstätigkeit, Scheinselbständigkeit und die Umsetzung sozial- und arbeitsrechtlicher Bestimmungen konzentrieren.“

Auch heute bin ich überzeugt, dass der Schwerpunkt der nun eingeleiteten Prüfung zur Überarbeitung des Mandats der ELA darauf liegen sollte, diese übergreifenden Aufgaben zu erfüllen, damit sie den erwarteten erheblichen Mehrwert bei der Koordinierung mit anderen einschlägigen EU-Organen bieten kann.

Georgi Pirinski

S&D, Bulgarien (2014-2019)

georgi.g.pirinski@gmail.com

Aktuelle Themen: Ein EU-Dateneigentumsrecht als Grundlage digitaler Souveränität

Konstruktive Kritik als Antwort auf die Artikel von Ginevra Cerrina Feroni, Marta Cantero Gamito und Josep M. Martorell. Darin werden wertvolle Beiträge geleistet, indem auf Fragen der Datensicherheit, des Datenschutzes und der technologischen Unabhängigkeit eingegangen wird.

1. Ausgangspunkt: Schutz reicht nicht – es braucht Verfügungsrechte

Die Debatte um die digitale Souveränität der EU dreht sich bislang vor allem um Datenschutz, IT-Sicherheit und die Kontrolle über technologische Infrastruktur. Diese Aspekte sind zweifelsohne relevant, doch sie greifen zu kurz. Daten sind nicht bloß ein Schutzgut – sie sind eine Quelle ökonomischer Macht und gesellschaftlicher Gestaltung. Wer über sie verfügt, kontrolliert Märkte, beeinflusst Entscheidungen und formt die Wirklichkeit. Doch die grundlegende Frage bleibt unbeantwortet: Wem gehören die Daten?

In der Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) werden Schutzrechte, aber keine Verfügungsmacht formuliert. Durch die DSGVO wird missbräuchliche Nutzung verhindert, aber sie verleiht denjenigen, die Daten durch alltägliche Interaktionen erzeugen – den Bürgern, Arbeitnehmern und Nutzern öffentlicher Dienste – kein Recht zur Mitgestaltung oder ökonomischen Teilhabe. Faktisch agieren Plattformen und datenbasierte Geschäftsmodelle wie Eigentümer, während die eigentlichen Produzenten außen vor bleiben.

2. Paradigmenwechsel: Vom Datenschutz zum Dateneigentum

Wir plädieren für einen Paradigmenwechsel hin zu einem EU-Dateneigentumsrecht. Dieses Recht soll kein klassisches Privateigentum darstellen, sondern ein demokratisch ausgestaltetes Verfügungsrecht: individuell, kollektiv oder treuhänderisch organisiert. Es geht darum, Beteiligung, Fairness und demokratische Kontrolle in die Datenökonomie zu integrieren. Denkbare Modelle dafür wären:

- *kollektive Datenlizenzen (analog zu Verwertungsgesellschaften)

- *EU-Datentreuhänder

- *Mitbestimmung bei algorithmischen Entscheidungen

- *genossenschaftsbasierte Datenpools (z. B. OUR „Open User Rights“)

Durch diese Modelle lässt sich die digitale Wertschöpfung gerechter verteilen und die demokratische Legitimation stärken. Der Slogan „Meine Daten – meine Stimme – mein Anteil“ bringt es auf den Punkt.

3. Anbindung an EU-Initiativen

Die Forderung nach einem Dateneigentumsrecht kann mit zentralen Vorhaben der Europäischen Union verknüpft werden:

*Verordnung über künstliche Intelligenz: Die EU reguliert erstmals algorithmische Entscheidungen – ein Zugangspunkt für Mitbestimmung und Transparenz.

*Verordnung über europäische Daten-Governance und Datenverordnung: Durch diese Verordnungen werden erste Strukturen für Datentreuhänder, aber ohne klar definierte Eigentumsrechte geschaffen.

*Gesetz über digitale Dienste und Gesetz über digitale Märkte: Durch diese Rechtsakte werden Plattformen reguliert, aber keine Beteiligungsrechte für Datenproduzenten geschaffen.

*Reform der Rechtsvorschriften für KMU und kleine Unternehmen mit mittlerer Kapitalisierung: Ziel ist die Entlastung von KMU und Mid-Cap-Unternehmen durch einfachere Regeln. Diese Reform bietet Chancen, partizipative Datenmodelle auch für KMU gesetzlich zu verankern.

Was fehlt, ist eine konzeptionelle Integration dieser Vorhaben unter dem Leitbegriff des Dateneigentums. Nur so entsteht aus Einzelregelungen ein demokratisch fundiertes System.

4. Demokratische Teilhabe durch Dateneigentum

Die soziale Frage des digitalen Zeitalters lautet: Wie verhindern wir eine neue Form der ökonomischen Ungleichheit, bei der die einen Daten liefern und die anderen allein daran verdienen? Die Antwort liegt in einer politischen Neuausrichtung: Wer Daten produziert, soll nicht nur geschützt, sondern beteiligt werden – wirtschaftlich und demokratisch. Dazu gehören:

*Beteiligung an Gewinnen aus Datenverwertung

*Mitbestimmung über algorithmische Systeme im öffentlichen und privaten Sektor

*Schutz kollektiver Dateninteressen durch öffentliche Institutionen

5. Perspektive: Souveränität durch Beteiligung und Vertrauen

Eine souveräne EU-Datenordnung muss über Speicherorte und Zugriffsrechte hinausgehen. Durch sie müssen Macht, Teilhabe und Verantwortung neu verteilt werden. Dateneigentum ist dabei kein Selbstzweck, sondern ein Mittel zur Stärkung von Demokratie, Innovationsfähigkeit und sozialer Kohärenz.

Die EU braucht Mut zu einem erweiterten Eigentumsbegriff – nicht irgendwann, sondern jetzt.

Michael Detjen

S&D, Deutschland (2018-2019)

Rudolf Tillig

Gesamtbetriebsratsvorsitzender SAS Scandinavian Airlines Deutschland
rudi@ostarido.de

Aktuelle Themen: Die Macht und Tücken der Daten – Finanzinnovation in einer sich verändernden Marktlandschaft

Daten sind eine rohe, grundlegende, ungeprüfte Form von Wissen. Sie haben nur dann Bedeutung, wenn sie uns helfen, Fragen zu beantworten, Risiken vorherzusagen und Lösungen zu erarbeiten. Ist das einfach? Können Daten eine Geschichte gerecht darstellen? Was teilen sie uns mit? Und was nicht?

Mariela Baeva: Mithilfe dieser Fragen können Lubor Lacina und ich als Ko-Autoren den Schwerpunkt auf Forschung legen, die sich auf einige Firmen im Finanzsektor mit einem Fokus auf Technologie beschränkt. Wir interessieren uns dafür, welchen Mehrwert sie einem breiten Kundenkreis bieten.

Lubor Lacina: Wir stellen die Hypothese auf den Prüfstand, dass – wie bei jeder weitreichenden Innovation – nicht alle Probleme vorhergesagt werden können. Wir konzentrieren uns auf die Beziehung zwischen Verbrauchern und Finanzunternehmen, die länger andauern kann als so manche Ehe, wie es so schön heißt.

Mariela Baeva: Wir beginnen mit etwas Hintergrundwissen, datengestützten Erkenntnissen und dem Ziel, wachsam zu bleiben.

Üblicherweise sorgt eine Reise in die Vergangenheit doch für Freude, oder? Nicht in diesem Fall.

Während des Übergangs Bulgariens von der Planwirtschaft zu einem marktorientierten System in den frühen 1990er Jahren kam es Ende 1996 und Anfang 1997 zu einer Hyperinflation. Universitätsprofessoren trugen über der Tasche ihrer Sakkos Etiketten mit der Aufschrift „3 \$“ – jener Betrag, der ihrem Monatsgehalt entsprach.

Lubor Lacina: Die mangelhaften Daten und Informationen über ein wachsendes Haushaltsdefizit und die fehlende Transparenz in der sich entwickelnden Marktumgebung führten in Bulgarien zu einer politischen Krise.

Misswirtschaft, unzureichende Regulierungsaufsicht und Lücken im Verständnis von Echtzeitdaten „erlaubten“ es den Banken in Tschechien, während dieser Zeit risikoreichen Tätigkeiten nachzugehen.

Mariela Baeva: Nach einiger Zeit waren neue Verbrauchergruppen entstanden und in beiden Ländern nahm ein neues Phänomen Gestalt an – die Nichtbankenfinanzierung.

Zu einer Zeit, als klassische Kreditgeber von Insolvenz und Liquiditätsproblemen betroffen waren, nahm ich im Jahr 2007 an dem Gesetzgebungsverfahren zur Europäischen Initiative zur Entwicklung von Kleinstkrediten in der Europäischen Union teil. Die Einbindung von Bürgerinnen und Bürgern in das Finanzsystem war ein moralisches Gebot.

Was am US-Subprime-Hypothekenmarkt geschah, passierte schnell und überraschte viele.

Lubor Lacina: Es fehlte an Daten, obwohl es Warnzeichen dafür gab, dass das Risiko gestiegen war.

Es bestand Angst.

Und es fehlte an Zuversicht.

Jede Krise ist anders, aber viele deuten auf fehlende Transparenz hin. In diesem Fall auf fehlende Datentransparenz.

Mariela Baeva: Seit dieser Zeit sind alternative Finanzquellen, die Privatpersonen und Unternehmen Kapital zur Verfügung stellen, in Bulgarien und Tschechien jedoch herangewachsen.

Die technologiebasierte Kreditvergabe (durch Finanztechnologieunternehmen) hat den Markt verändert. Während sich die Technologie weiterentwickelt, sind für die Arbeit in diesem Sektor vor allem detaillierte Daten von hoher Qualität notwendig. Da sie nicht in Finanzzentren wie Paris, Berlin oder Milan ansässig sind und sie in Märkten für Finanzdienstleistungen agieren, die von Banken erheblich dominiert werden, sind Finanztechnologieunternehmen auf ihre Leistung, ihre Widerstandsfähigkeit gegenüber Schocks oder den erhöhten Kundenkontakt infolge der COVID-19-Pandemie angewiesen.

Aus Erfahrung wissen wir, dass man sich Glaubwürdigkeit verdienen muss.

Da die Kreditpunktebewertung, die mithilfe von KI und maschinellem Lernen durchgeführt wird, durch die Verwendung von Daten die Notwendigkeit von Sicherheiten ausgleicht, können Kunden darauf bestehen, die Finanzvereinbarungen abzuschließen, die mit ihren Bedürfnissen und Bedingungen übereinstimmen.

Lubor Lacina: Es besteht außerdem keine rechtliche Verpflichtung, Daten mit Datennutzern zu teilen. Werden Daten benötigt, um Kunden ein günstigeres und besseres Finanzprodukt anzubieten, unterliegt der Datenaustausch der Zustimmung der Kunden.

Jegliche Informationen hinsichtlich einer natürlichen Person fallen in den Bereich des Datenschutzes.

Auch junge Kunden stellen diesbezüglich Fragen oder geben an, dass dieser Sektor in beiden Ländern von Männern dominiert wird. Wären mehr Frauen in der Forschung oder mehr Spezialistinnen im Bereich der Informations- und Kommunikationstechnologie im Innovationsprozess tätig, so würde dies helfen, Angebote zu schaffen, die an die spezifischen Bedürfnisse angepasst sind, zum Beispiel wenn es darum geht, ein Gleichgewicht zwischen Pflege und die Investition in Bildung zu finden.

Mariela Baeva

ALDE, Bulgarien (2007-2009)

mariela@oecdpartner.eu

Lubor Lacina

Inhaber des Jean-Monnet-Lehrstuhls für Europäische Wirtschaftswissenschaften

lubor.lacina@mendelu.cz

Librorum-Veranstaltung: „Migrationshintergrund: Erlebnisse eines Europäers“, Jannis Sakellariou

Am 3. Juli fand auf dem vom Verein der ehemaligen Mitglieder des Europäischen Parlaments (VEM) organisierten „Librorum“ eine Online-Präsentation dieses Buches statt. Die Veranstaltung umfasste Beiträge von Monica Baldi, Enrique Barón und Teresa Riera. Mit diesem Artikel soll das Buch den Lesern des Bulletins des VEM vorgestellt werden.

Das Buch wurde ursprünglich 2022 in deutscher Sprache vom Dietz-Verlag unter dem Titel „Migrationshintergrund: Erlebnisse eines Europäers“ mit einem Vorwort von Martin Schulz veröffentlicht. Im Jahr 2023 wurde die spanische Fassung („De origen migrante: Experiencias de un europeo“), die ein Vorwort von Enrique Barón enthält, von Ediciones Catarata und mit der Unterstützung des spanischen Föderationsrates der europäischen Bewegung veröffentlicht. Eine griechische Ausgabe wird demnächst vom Verlagshaus Armos in Athen veröffentlicht.

Jannis Sakellariou schrieb dieses Buch in seinem letzten Lebensjahr. Er wusste, dass seine Zeit begrenzt war, und widmete sie der Niederschrift von Geschichten, die seine Freunde gut kannten. Sie hatten ihn schon lange dazu ermutigt. Diese Anekdoten wurden während der Abendessen im Restaurant „La Trattoria“ in Straßburg populär, wo Jannis und andere deutsche Mitglieder des Parlaments im Laufe jeder Plenartagung des Europäischen Parlaments mit ihren jeweiligen Assistenten zusammenkamen. Sie tauschten aktuelle Erfahrungen aus, feierten Erfolge und beklagten Misserfolge – all dies in einem von gutem Humor geprägten Umfeld.

Es sei daran erinnert, dass Jannis Sakellariou Grieche, Deutscher, Bayer und aus tiefstem Herzen Europäer war. Er verlor seine ursprüngliche Staatsangehörigkeit, die griechische, während er gegen die Militärjunta in Griechenland kämpfte. Während seines Exils in München begann er seine Karriere bei der SPD. 1984 wurde er zum Mitglied des Europäischen Parlaments gewählt, und von 1989 bis 2004 war er Koordinator der Sozialdemokratischen Partei Europas im Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten des Parlaments. In dieser Funktion reiste er in Konfliktgebiete, führte Verhandlungen mit Diktatoren, beobachtete Wahlprozesse und fungierte als Vermittler. Seine Erlebnisse spiegeln sein tiefes Gerechtigkeitsgefühl und seine sozialdemokratischen Überzeugungen wider.

Jannis Sakellariou beschreibt auf humoristische Weise die Hindernisse, die er überwinden musste, um die deutsche Staatsangehörigkeit zu erlangen, seine Schwierigkeiten in den 1960er-Jahren, in Deutschland im Beruf Fuß zu fassen, und seine politischen Tätigkeiten im Europäischen Parlament, die allesamt aus einem lebenslangen Engagement für Frieden und Demokratie hervorgingen.

„Die Leserinnen und Leser nehmen ein sehr persönliches Buch in die Hand, aber keine Memoiren und keine Autobiografie. Es sind vielmehr prägende Episoden aus einem Politikerleben, die veranschaulichen, wie Politik, wie Europapolitik gemacht wurde.“ – Martin Schulz, ehemaliger Präsident des Europäischen Parlaments

Laura Baeza

Ehemalige Leiterin der EU-Delegation in Tunesien

laura.baezagiralt@gmail.com

38. Jahresversammlung der Vereinigung ehemaliger Mitglieder des kanadischen Parlaments am 15. und 16. Juni 2025

Höhepunkte des Besuchs von Monica Baldi in Ottawa – Juni 2025

Im Juni 2025 durfte die Vereinigung ehemaliger Mitglieder des kanadischen Parlaments (Canadian Association of Former Parliamentarians, CAFP) Monica Baldi, Vizepräsidentin des Vereins der ehemaligen Mitglieder des Europäischen Parlaments (VEM) und ehemaliges Mitglied der italienischen Abgeordnetenversammlung, während ihres Besuchs in Ottawa willkommen heißen. Ihre bedeutungsvolle und engagierte Teilnahme an zentralen Veranstaltungen stärkte den internationalen Dialog zwischen ehemaligen Parlamentsmitgliedern.

Gedenkfeier für die verstorbenen Parlamentsmitglieder – 16. Juni 2025

Monica Baldi nahm gemeinsam mit Mitgliedern des CAFP, derzeitigen Parlamentsabgeordneten und Ehrengästen an der Gedenkfeier in der Kammer des Unterhauses teil. Im Rahmen der Veranstaltung wurde der ehemaligen Mitglieder des Parlaments gedacht, die im Jahr zuvor verstorben waren.

Kamingespräch über die globale geopolitische Lage – 16. Juni 2025

Im Rahmen des vom CAFP ausgerichteten Mittagessens beteiligte sich Monica Baldi an einem Kamingespräch mit

*Barbara Comstock, ehemalige Abgeordnete des US-Kongresses und Präsidentin der United States Association of Former Members of Congress (Vereinigung der ehemaligen Mitglieder des Kongresses der Vereinigten Staaten),

*Donna Edwards, ehemalige Abgeordnete des US-Kongresses,

*Seamus O'Regan, ehemaliger Minister in der kanadischen Regierung.

Im Rahmen des Gesprächs wurden die sich verändernde geopolitische Landschaft, die Rolle ehemaliger Parlamentsmitglieder bei der demokratischen Resilienz sowie gemeinsame globale Herausforderungen wie Desinformation und das politische Desinteresse der Bürgerinnen und Bürger erörtert. Monica Baldi bot eine europäische Perspektive, die auf ihrer umfangreichen Erfahrung im öffentlichen Dienst und in der internationalen Zusammenarbeit beruht. Ihre Beiträge regten aufschlussreiche Fragen und einen fruchtbaren Dialog mit den Anwesenden an.

Jährliches Abendessen des CAFP – 16. Juni 2025

Am selben Abend war Monica Baldi Ehrengast beim jährlichen Abendessen des CAFP. In ihrer kurzen Rede betonte sie, wie wichtig es ist, einen anhaltenden Dialog und die grenzübergreifende Zusammenarbeit zwischen ehemaligen Parlamentsmitgliedern zu fördern. Das Abendessen bot ein kollegiales Umfeld, um über gemeinsame Werte und Chancen für die Zusammenarbeit nachzudenken.

Produktives trilaterales Treffen

Das Treffen war äußerst produktiv, denn alle drei Vereinigungen einigten sich darauf, bei einer Reihe vielversprechender Initiativen zusammenzuarbeiten. Dazu zählen gemeinsame Projekte mit Fokus auf der Stärkung des demokratischen Engagements, der politischen Bildung und des grenzübergreifenden Dialogs über globale Themen. Das Bekenntnis zu einem gemeinsamen Vorgehen stellt einen wichtigen Schritt dar, wenn es darum geht, den Einfluss ehemaliger Parlamentsmitglieder auf der internationalen Bühne zu stärken.

Internationale Netzwerke stärken – Botschaft des Präsidenten des CAFP

Matt DeCoursey, Präsident des CAFP, stellte in seiner Rede Folgendes fest: „Die Vereinigung ehemaliger Mitglieder des kanadischen Parlaments hat gemäß seiner Satzung den Auftrag, die Institutionen des Parlaments in Kanada und der Demokratie in unserem Land und überall auf der Welt zu unterstützen und zu stärken. Angesichts einer sich verändernden geopolitischen Realität ist es wichtiger denn je, mit unseren europäischen Freundinnen und Freunden in Dialog zu treten und mit ihnen zusammenzuarbeiten. Daher freut es mich sehr, dass Monica Baldi hier bei uns in Ottawa weilen konnte, um die Beständigkeit unserer Verbindung als parlamentarische Abgeordnete zu untermauern – als Freunde und als Verbündete, die viel dazu beitragen können, wenn es darum geht, die dauerhafte Bedeutung der Demokratie als Idee und ihre Funktion in der Praxis zu sichern. Wir freuen uns auf viele weitere Möglichkeiten der Zusammenarbeit.“

Hon Léo Duguay

Ehemaliger Präsident der Vereinigung ehemaliger Mitglieder des kanadischen Parlaments

Carolina Moore

Logistikbeauftragte der Vereinigung ehemaliger Mitglieder des kanadischen Parlaments

Schüler befassen sich mit brennenden Themen der EU

Im Rahmen des Programms „EP to Campus“ fand im Europäischen Hochschulinstitut eine gelungene Veranstaltung mit Schülerinnen und Schülern zweier Sekundarschulen in Florenz statt. Die Jugendlichen, die bereits einiges über die Arbeitsweise der EU wussten, meldeten sich bald mit konkreten Fragen und allgemeinen Äußerungen zu Wort.

An diesem 19. März 2025 stand die Auseinandersetzung im italienischen Parlament über das Manifest von Ventotene, das von Altiero Spinelli und seinen Mitstreitern für ein föderalistisches Europa verfasst worden war, im Vordergrund. Die italienische Ministerpräsidentin Giorgia Meloni hatte das Manifest als linkes, autoritäres und kommunistisches Gedankengut kritisiert, was zu einem Eklat im Parlament führte. Ich hatte die Gelegenheit, mit den Schülerinnen und Schülern über die Umstände der Entstehung dieses Manifestes zu sprechen, das während des Zweiten Weltkrieges im Gefängnis auf der Insel Ventotene verfasst worden war, sowie über dessen Bedeutung während der 70 Jahre europäischer Integration und über die wachsende Zahl nationalistischer Bewegungen, die sich entschieden gegen die Kernideen einer immer engeren Union wenden.

Die Migrationspolitik der Europäischen Union stand bei den Anliegen der Jugendlichen an zweiter Stelle. Manche unter ihnen brachten ihr Mitgefühl mit den Migranten, die im Mittelmeer immer wieder zu Tode kommen, sowie ihr Unverständnis über die scheinbare Hilflosigkeit der EU zum Ausdruck. Außerdem sprachen wir über die Möglichkeiten, wie Migrantinnen und Migranten in das Bildungssystem, den Arbeitsmarkt oder die vielen zivilgesellschaftlichen Organisationen, insbesondere in den Bereichen Sport, Kultur und Sozialfürsorge, integriert werden können.

Junge Menschen sind betroffen und schockiert über die Kriege in der Ukraine und im Gazastreifen. Ihre Hoffnungen auf ein friedvolles Leben in Europa werden tagtäglich durch die Nachrichten und die Bilder der Verwüstung und des Leids erschüttert. Ich erläuterte die Bemühungen der EU, mit einem Paket unterschiedlicher Maßnahmen die Fähigkeiten zur Verteidigung unserer Freiheit und Demokratie zu stärken, sowie die Leitlinien zu und Grenzen bei der Bekämpfung von Desinformation und Hetze in den Social Media.

Die Schülerinnen und Schüler interessierten sich natürlich auch für den Grünen Deal und die Anstrengungen der EU gegen den Klimawandel und die Zerstörung der Umwelt. Wir sprachen über saubere Lösungen in den Bereichen Energie, Verkehr und Landwirtschaft sowie über das Gesetzgebungsverfahren auf EU-Ebene, die Probleme mit der Bürokratie und die einstimmige Beschlussfassung. Die jungen Menschen hinterließen bei mir den Eindruck, dass die Veranstaltung sie bereichert, ihnen neues Wissen vermittelt und darin bestärkt hat, sich für die Idee der Einheit und Zusammenarbeit auf unserem europäischen Kontinent einzusetzen.

Jo Leinen

S&D, Deutschland (2014-2019)

jo.leinen@outlook.com

Die Geschichte ist für unsere Zukunft von großer Bedeutung

Die Europäische Union ist unser einzigartiges Projekt, das sich ständig weiterentwickelt. Wenn wir unsere Geschichte kennen, hilft uns das, verwurzelt zu bleiben, unsere Zukunftsvorstellungen weiterzuverfolgen und aus den Fehlern der Vergangenheit zu lernen. Ich habe mich sehr gefreut, an einem gemeinsamen Projekt des VEM und des Historischen Archivs der Europäischen Union teilnehmen zu können, das uns die Gelegenheit bot, mit jungen Menschen zusammenzutreffen und mit ihnen die Geschichte der EU und die vor uns liegenden Herausforderungen zu erörtern.

Die Geschichte unseres Kontinents war eine Geschichte der Kriege, bis dann die brillante Idee von Robert Schuman Wirklichkeit geworden ist. Wir sollten uns stets auf den Kern unseres Friedensprojekts besinnen, das Europa durch die Beendigung des Kalten Krieges, des Wegfalls des Eisernen Vorhangs und der Wiedervereinigung Europas langfristigen Frieden beschert hat. Die derzeitige Lage in Europa ist aufgrund des verbrecherischen Überfalls Russlands auf die Ukraine angespannt, und wir haben mit den Studenten die Notwendigkeit erörtert, die ukrainischen Verteidiger, die uns alle schützen, weiterhin zu unterstützen und auch selbst mehr für unsere Sicherheit zu tun, damit wir weiter in Frieden leben können.

Neben der Sicherheit haben wir uns auch mit anderen globalen Herausforderungen wie der Wettbewerbsfähigkeit der EU, den Veränderungen der Umwelt und den gewaltigen Umwälzungen im Informationsbereich befasst. Wir haben die Rechtsvorschriften im digitalen Bereich ausführlich erörtert, und es hat mich sehr gefreut, dass die Studenten die Notwendigkeit erkannt haben, Desinformation zu bekämpfen und künstliche Intelligenz zu regulieren.

Es ist wichtig, dass junge Menschen die demokratischen Grundsätze und ihre Möglichkeiten der Teilnahme an demokratischen Prozessen in vollem Umfang begreifen. Ich war beeindruckt von ihrer Wissbegier und ihrem Interesse daran, wie sie sich engagieren und wie sie ihr künftiges Leben selbst gestalten können. Ein Europäer und eine Europäerin zu sein, bedeutet ein aktiver Bürger und eine engagierte Bürgerin zu sein. Die EU ist ihr Aufbauwerk, und sie sollten sich dieses Projekts annehmen. Daher haben wir auch praktische Erfahrungen mit dem europäischen Gesetzgebungsverfahren erörtert – wie es funktioniert und wie wichtig die Interaktion mit den Bürgern dabei ist.

Wir haben dies am Beispiel der Initiative für ein einheitliches Ladegerät für Mobiltelefone von der ersten Idee bis zu ihrer praktischen Umsetzung erörtert. Dabei konnten wir das europäische Gesetzgebungsverfahren in allen Einzelheiten erläutern und die Tätigkeit des Europäischen Parlaments mit seinen unmittelbaren Auswirkungen auf den Alltag der Bürgerinnen und Bürger vor Augen führen. Es war ein geeignetes und gut verständliches Beispiel zur Verdeutlichung der Prozesse im Europäischen Parlament, wobei der Schwerpunkt auf der Arbeit in den Ausschüssen und Fraktionen lag.

Diese jungen Menschen waren auch sehr daran interessiert, wie sie sich in diesen Prozess einbringen können, damit ihre Stimme gehört wird und sie Einfluss nehmen. Daher haben wir nicht nur über die direkte Kommunikation mit ihren Abgeordneten gesprochen, sondern auch über Bürgerinitiativen.

Ihre Reaktionen nach unserer Diskussion haben mich sehr beeindruckt, denn sie haben in informellem Rahmen einfach weiter debattiert, und die Gespräche fanden erst ein Ende, als sie aus dem Bus ausstiegen. Dies hat mir gezeigt, dass solche Aktivitäten wirklich sinnvoll sind, denn die Studenten werden sich weiter Gedanken machen, und zwar vor allem über ihren Beitrag zum öffentlichen Leben und zur europäischen Politik. Es gibt viele historische Fakten, die zu lernen sind, und wir als ehemalige MdEP können den Studenten viele Informationen und praktische Erfahrungen bezüglich der Arbeitsweise der EU-Organe vermitteln.

Junge Menschen sehen die Welt verständlicherweise mit ihren eigenen Augen, und es ist einfach wunderbar, dass sie mehr über die Geschichte und die aus der fortwährenden Weiterentwicklung unseres Friedensprojekts gewonnenen praktischen Erfahrungen erfahren wollen. Ich hoffe, dass unser Treffen den Studenten nicht nur dabei geholfen hat, die Geschichte der europäischen Zusammenarbeit zu verstehen, sondern sie auch zu künftigen Aktivitäten für unsere gemeinsame europäische Zukunft angeregt hat.

Ivan Štefanec

EPP, Slowakei (2019-2024)

ivanstefanec1961@gmail.com

Vorträge über die Europäische Union in Mangaluru, Indien: ein Treffen zum Austausch von Ideen und Perspektiven

Vom 2. bis 5. Juni durfte ich an der Mangalore University im Süden Indiens eine Reihe von Vorträgen über die Europäische Union halten. Dies geschah in meiner Funktion als Mitglied des Vereins der ehemaligen Mitglieder und im Rahmen des Programms „European Parliament to Campus“.

Ich war von Professor Jayaraj Amin, Leiter des Fachbereichs Politikwissenschaft an der Fakultät für Geisteswissenschaften und anerkannter Experte für europäische Angelegenheiten, eingeladen worden. Ich nahm an vier Lehrveranstaltungen in drei Fakultäten teil. In den Lehrveranstaltungen behandelte ich eine Reihe von Themen, darunter:

- *die Entwicklung der Beziehungen zwischen der EU und Indien und die Zukunftsaussichten für diese Partnerschaft;
- *das außenpolitische Handeln der EU vor dem aktuellen Hintergrund zunehmender geopolitischer Spannungen;
- *der europäische Grüne Deal und die Energiewende;
- *die Initiativen der EU zur Stärkung ihrer strategischen Autonomie in den Bereichen Wirtschaft, Technologie, Energie, Sicherheit und Verteidigung.

Die Diskussionen im Anschluss an meine Vorträge zeigten, dass die Studierenden ein lebhaftes Interesse an der EU und ihrer Politik hatten und ein solides Verständnis der Herausforderungen an den Tag legten, denen sich die EU dabei gegenübersteht, sich als relevanter und kohärenter politischer Akteur zu behaupten. Diese Herausforderungen sind sowohl innenpolitischer Natur, wie beispielsweise die Zunahme des euroskeptischen Nationalpopulismus, als auch außenpolitischer Natur, wie beispielsweise die jüngsten Spannungen in den transatlantischen Beziehungen.

In einem universitären Umfeld war eine kritische Haltung zu erwarten, und viele Studierende teilten eine allgemein skeptische Sichtweise auf die EU. Sie sahen sie als eine durch interne Spaltungen geschwächte Union, die wirtschaftlich und technologisch an Dynamik verliert. Viele empfanden sie in Bezug auf ihren Umgang mit außenpolitischen Angelegenheiten als irrelevant oder inkonsequent. Ich räumte zwar ein, dass diese Wahrnehmung einige tatsächliche Bedenken widerspiegelte, versuchte aber auch, eine optimistischere Perspektive zu vermitteln, indem ich die laufenden Bemühungen der EU hervorhob, ihre interne Widerstandsfähigkeit zu stärken und sich auf der globalen Bühne zu behaupten, indem sie Prinzipien und Pragmatismus in Einklang bringt.

Studierenden aus anderen Teilen der Welt die EU durch die direkten Erfahrungen ehemaliger Mitglieder des Europäischen Parlaments näherzubringen, ist meiner Meinung nach ein hervorragendes Beispiel für eine sozusagen akademische Diplomatie. Dieser Ansatz ist besonders relevant in Ländern wie Indien, mit denen die EU ihre Beziehungen vertiefen möchte.

Indien ist ein dynamisches Land mit einer sehr jungen Bevölkerung und einer Wirtschaft, die in den letzten Jahren bemerkenswert schnell gewachsen ist. Trotz dieser Fortschritte steht das Land immer noch vor der immensen Herausforderung, die extreme Armut zu verringern, von der weiterhin Dutzende Millionen Menschen betroffen sind. Indien ist eine riesige und außerordentlich vielfältige Demokratie – in kultureller, religiöser und sprachlicher Hinsicht. Als Regionalmacht strebt es danach, eine führende Rolle als Stimme des Globalen Südens zu übernehmen. Sein wachsendes geopolitisches Gewicht und seine multilateral ausgerichteten Außenbeziehungen eröffnen Möglichkeiten für die Zusammenarbeit in vielen Bereichen. In einer Zeit, in der die EU ihre Bündnisse diversifizieren und stärken muss, ist der Aufbau einer engeren Beziehung zu Indien sowohl eine kluge als auch eine strategisch wichtige Entscheidung.

Abschließend möchte ich der Mangalore University und insbesondere Professor Amin und seinem Team für ihren herzlichen Empfang und ihre Gastfreundschaft aufrichtig danken. Dies hat meinen Aufenthalt zu einer bereichernden Erfahrung gemacht – sowohl aus persönlicher als auch aus akademischer und institutioneller Sicht.

Jordi Solé

Grüne/EFA, Spanien (2020-2024)

jordisole_cat@outlook.com

Reflexionen über vergangene Erfolge und künftige Herausforderungen des europäischen Aufbauwerks – die Rolle der Bildung bei der europäischen Integration

Dies ist eine Zusammenfassung des Vortrags „Achievements and challenges of European integration“ (Erfolge und Herausforderungen der europäischen Integration), der auf dem Neunten Bericht über den wirtschaftlichen, sozialen und territorialen Zusammenhalt in der Europäischen Union (2024) sowie auf den darin präsentierten Prognosen bis zum Jahr 2050 beruhte. Im Mittelpunkt der Überlegungen standen die großen historischen Meilensteine des europäischen Aufbauwerks, derzeitige und künftige Herausforderungen sowie die wesentliche Rolle, die die Bildungs- und Kohäsionspolitik bei der Förderung nachhaltiger und ausgewogener Entwicklung in allen Regionen der EU spielt.

In den vergangenen Jahrzehnten wurden bei der europäischen Integration wesentliche Erfolge erzielt, etwa die Festigung des Friedens und der Stabilität auf dem Kontinent, die Einführung einer einheitlichen Währung, des Euro, und die Einrichtung des Binnenmarkts, der uns einen freien Personen-, Waren-, Dienstleistungs- und Kapitalverkehr beschert hat. Die Kohäsionspolitik hat sich als grundlegendes Instrument bewährt, um eine ausgeglichene regionale Entwicklung zu fördern, Ungleichheiten zu verringern und die territoriale Solidarität zu festigen.

Doch die EU ist derzeit mit einer Vielzahl von Herausforderungen konfrontiert. Zu den dringendsten Problemen zählen die demografischen Herausforderungen, die mit einer alternden Bevölkerung und dem Rückgang der Zahl an Menschen im Erwerbsalter in Zusammenhang stehen, sowie digitale Herausforderungen, die eine inklusive technologische Wende erfordern, und der grüne Wandel, der tiefgründige wirtschaftliche und soziale Veränderungen mit sich bringt. Andauernde territoriale Ungleichheiten, durch die der innere Zusammenhalt gefährdet wird, sind ebenso wie Herausforderungen bei der sozialen Inklusion nach wie vor zu beobachten, durch die der gesellschaftliche Zusammenhalt zwischen Bürgern und Regionen beeinträchtigt wird.

Insofern wird Bildung zu einem entscheidenden Faktor für territorialen und sozialen Zusammenhalt. In dem Vortrag wurde die große Bedeutung der Hochschulbildung (Niveau 5 bis 8 des Europäischen Qualifikationsrahmens) und der Berufsbildung (Niveau 3 und 4) hervorgehoben, die sich gegenseitig ergänzen. Beide spielen eine wesentliche Rolle bei den Strategien für intelligente Spezialisierung, durch die Talente angezogen und gehalten werden können und mit denen zur Entwicklung nachhaltiger und gerechterer Gemeinwesen beigetragen wird. Es bestehen jedoch weiterhin deutliche regionale Unterschiede. So liegt in vielen Regionen Italiens, Rumäniens, Tschechiens, Portugals und Bulgariens der Anteil der Bevölkerung mit einem Hochschulabschluss derzeit unter 30 %. In diesen Regionen hat man Mühe, qualifizierte Arbeitskräfte anzuziehen und zu halten, was dort Wirtschaftswachstum und Innovationen schwierig macht.

Das Konzept der „Entwicklungsfalle“ spielt dabei eine besondere Rolle. Es bezieht sich auf Regionen, deren Wohlstand inzwischen im Vergleich zum nationalen und europäischen Durchschnitt stagniert, was zu Unzufriedenheit führt und wodurch euroskeptische Tendenzen genährt werden. Durch die Konzentration von Universitäten und hochqualifizierten Arbeitsplätzen in Hauptstädten verschärfen sich diese Unterschiede, wie man in Ländern wie Portugal beobachten kann, wo 44 % der Einwohner Lissabons einen Hochschulabschluss besitzen, während der Anteil in den Azoren gerade mal bei 17,6 % und in Madeira bei 22,4 % liegt.

Die geopolitische Dimension wurde ebenfalls beleuchtet und in diesem Zusammenhang auf Chinas wachsenden Einfluss sowie auf die mögliche strategische Rolle Macaus verwiesen. Mit einem Zitat des französischen Präsidenten Emmanuel Macron aus dem Mai 2025 wurde darauf verwiesen, dass die USA Europa als Verbündeten und nicht als wirtschaftlichen Rivalen betrachten sollten.

Die Zukunft der europäischen Integration wird davon abhängen, ob die EU insbesondere in den Bereichen Bildung, Innovationen und territorialer Zusammenhalt mit wirksamen politischen Maßnahmen strukturelle Herausforderungen in Angriff nehmen kann, um bis zum Jahr 2050 ein gerechteres, widerstandsfähigeres und geeinteres Europa zu schaffen.

Liliana Rodrigues

S&D, Portugal (2014-2019)

lilianagr@staff.uma.pt

ZWEI BÜCHER ÜBER EUROPA

„*E se falássemos da Europa?*“ (Was wäre, wenn wir über Europa sprechen würden?) ist der Titel eines der Bücher, die Margarida Marques am Ende ihrer Amtszeit (2019 2024) als Mitglied des Europäischen Parlaments veröffentlicht hat. Es handelt sich um den gleichen Titel wie der Podcast, den sie während ihrer Amtszeit wöchentlich in den sozialen Medien und auf Videokanälen veröffentlicht hat: 133 Folgen, 133 Themen. Darin werden u. a. die zahlreichen und vielfältigen Dimensionen Europas, seine Kultur, seine Werte, die Auswirkungen, die die Entscheidungen der Europäischen Union auf das Leben der Menschen haben, und Fragen dazu, wie die EU in Krisenzeiten eine wichtige Rolle spielen kann, behandelt.

In diesem Buch wird fast alles angesprochen: von Wirtschaft und Unternehmen bis hin zu kultureller und religiöser Vielfalt; das Bauhaus-Projekt, europäisches Kino, Musik, Poesie, Romane, Gastronomie; Wissenschaft und Innovation; Mobilität innerhalb Europas und von außerhalb nach Europa; die Freiheit zu gehen, und die Freiheit zu bleiben; Ethik in den Bereichen Sport, allgemeine und berufliche Bildung; Gleichstellung der Geschlechter und Bekämpfung von Ungleichheiten; die Freude an der Arbeit in den Organen der EU; Demokratie und Rechtsstaatlichkeit; das Zusammenleben der Religionen in Europa und der institutionalisierte Dialog mit den verschiedenen Kirchen; die Kohäsionspolitik und das Europa der Regionen; der demokratische Wandel in Portugal und Spanien, der den Weg für den Beitritt der beiden Länder zur EU ebnete, und vieles mehr.

Die Autorin sprach nicht nur mit nationalen und europäischen Parlamentariern aus verschiedenen politischen Lagern, sondern befragte auch Regierungsmitglieder, Akademiker, Journalisten, Künstler, Wissenschaftler, Ökonomen, lokale Mandatsträger und junge Menschen. Die Präsidentin des Europäischen Parlaments, Roberta Metsola, verfasste das Vorwort.

Das Buch enthält eine Zusammenfassung jedes einzelnen Gesprächs der Original-Folgen des Podcasts und regt dazu an, sich diese anzuhören. Der QR-Code in der Zusammenfassung jeder Folge führt Sie zu der 20-minütigen Folge oder zu den Folgen, die Sie interessieren.

„*Fazer Europa. Um mandato Europeu*“ (Europa gestalten. Ein europäisches Mandat) ist ihr zweites Buch, in dem es um Rechenschaftspflicht geht. Die Pflicht der gewählten Vertreter gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern. Das Vertrauen in die Europäische Union und die Organe der EU in einer so komplexen Zeit in der Geschichte Europas ist das Ergebnis der Fähigkeit der EU, greifbare Ergebnisse zu erzielen, die das Leben der Bürgerinnen und Bürger verbessern und ihnen Schutz in allen Bereichen, darunter Arbeit, Beschäftigung und soziale Rechte, bieten und ihnen gleichzeitig ein menschenwürdiges Leben ermöglichen.

Das Buch ist in fünf Kapitel unterteilt: „*O custo da Europa*“ (Die Kosten Europas), „*A governação económica e social*“ (Wirtschaftliche und soziale Governance) und „*Comércio Justo*“ (Fairer Handel), die den drei parlamentarischen Ausschüssen entsprechen, denen das Mitglied des Parlaments angehörte. Das Kapitel „*Mediterrâneo esquecido*“ (Der vergessene Mittelmeerraum) bezieht sich auf ihre Aufgaben als Koordinatorin der sozialistischen Delegation in der Parlamentarischen Versammlung der Union für den Mittelmeerraum. Das fünfte Kapitel, „*Outras causas*“ (Andere Anliegen), veranschaulicht schließlich ihr Engagement für die vielfältigen und komplexen Herausforderungen, denen sich die EU in den fünf Jahren

ihrer Amtszeit gegenüber sah. 19 Artikel, die vom Brexit („*Não é um adeus, é um até breve*“ (Es ist kein Abschied, sondern ein Auf Wiedersehen)) bis zur Schaffung der Gesundheitsunion, von der Invasion der Ukraine durch Russland bis zum Kampf gegen die extreme Rechte reichen.

Mit diesen beiden Büchern untermauert Margarida Marques die Vorhersage von Jean Monnet: „Europa wird in Krisen geschmiedet, und es wird einst die Summe der Lösungen sein, die man für diese Krisen ersonnen hat.“ Beide Bücher zeigen in der Praxis, dass der europäische Aufbau ein kontinuierlicher, pluralistischer Prozess ist, der von täglichen politischen, kulturellen, sozialen und wirtschaftlichen Entscheidungen beeinflusst wird und gerade durch die Antworten auf aufeinanderfolgende Krisen und Herausforderungen geprägt wurde. Alvin Toffler erklärte bereits, dass die Zukunft durch unsere täglichen, unbeständigen und wechselhaften Entscheidungen gestaltet werde und dass jedes Ereignis alle anderen beeinflusse. Der Aufbau Europas ist weder statisch noch abgeschlossen; er ist ein lebendiger Prozess, genau wie die Zukunft, die Alvin Toffler beschreibt.

Viel Vergnügen beim Lesen!

Edite Estrela

S&D, Portugal (2009-2014)

Mitglied des portugiesischen Parlaments, Vorsitzende des Ausschusses für europäische Angelegenheiten

*Bei Fragen oder Anmerkungen wenden Sie sich bitte an Margarida Marques unter:
margaridamarquespessoal@gmail.com*

FOCUS: Kulturdiplomatie

In diesen Zeiten der Unsicherheit und der Ungewissheit müssen wir uns den zynischen Bestrebungen widersetzen, Gemeinwesen zu spalten und Nachbarn als „die Anderen“ darzustellen. Durch Diskriminierung, Rassismus und Fremdenfeindlichkeit werden wir alle herabgesetzt und Menschen ebenso wie Gesellschaften daran gehindert, ihr volles Potenzial auszuschöpfen. Wir müssen gemeinsam für die Menschenrechte eintreten und uns gegen Fanatismus zur Wehr setzen. Bauen wir gemeinsam Brücken. Verwandeln wir gemeinsam Angst in Hoffnung.

In diesem gemeinsamen Bestreben kann Kunst für jeden Menschen – alleine oder zusammen mit anderen – und für Bevölkerungsgruppen ein wichtiges Mittel werden, um die eigene Meinung auszudrücken. Künstlerische Kreativität ist ein wichtiger Bestandteil der Entwicklung lebendiger Kulturen, was wiederum zu funktionierenden Gesellschaften beiträgt.

Mit der Erklärung und dem Aktionsprogramm der Vereinten Nationen bezüglich einer Kultur des Friedens wird anerkannt, dass die Förderung von Frieden auf den Grundsätzen Freiheit, Gerechtigkeit, Demokratie, Toleranz, Solidarität, Zusammenarbeit, Pluralismus, kulturelle Vielfalt, Dialog und Verständnis fußt, und zwar auf allen Ebenen der Gesellschaft und beim Umgang der Staaten miteinander. Diese Prinzipien werden von der mit einem Mandat der Vereinten Nationen ausgestatteten Universität für den Frieden gefördert, wobei Eltern, Lehrer, Politiker, Intellektuelle und sich wissenschaftlich, philosophisch, kreativ und künstlerisch betätigende Personen eine grundlegende Rolle spielen.

Die Stiftung „Peace without Borders“ (Frieden ohne Grenzen) trägt als Kultur- und Kunstbewegung zu Frieden und Dialog bei, indem sie positive Schritte unternimmt, um kulturelle Vielfalt und die künstlerische Entwicklung aller Völker und Nationen auf der Welt anzuerkennen. Das von der Stiftung herausgegebene Buch „History of Peace in the West“ (Die Geschichte des Friedens im Westen) enthält lebendige Zeugnisse einiger bekannter Denker, Künstler und Philosophen, die sich seit dem antiken Griechenland und Rom bis zur Gegenwart mit dem Thema des Friedens beschäftigt haben. Damit sollen ein umfassenderer Austausch von Wissen und ein besseres Verständnis des kulturellen Erbes der Menschheit gefördert werden.

An anderer Stelle betont Hans Küng, dass Dialogfähigkeit zweifellos eine Tugend im Sinne der Friedensfähigkeit ist. Dies wird umso deutlicher, wenn man bedenkt, dass die Menschen im Laufe der Geschichte immer wieder damit gescheitert sind, in den Dialog miteinander zu treten. Wo Verhandlungen abgebrochen werden, brechen Kriege aus, das gilt ebenso für die private wie für die öffentliche Sphäre. Wo das Gespräch scheitert, setzen die Repressionen ein, regiert das Faustrecht des Mächtigeren. Wer Dialog miteinander führt, schießt nicht aufeinander. Wer sich dem Dialog stellt, muss über die innere Kraft und den Mut verfügen, ihn auch fortzuführen und den Standpunkt des Anderen – wo dies nötig ist – zu respektieren.

Nach Ansicht des irischen Dramatikers und Schriftsteller Oscar Wilde ist künstlerisches Schaffen lebensnotwendig. Es ist daher für die Gestaltung offener Gesellschaften und die Förderung des Friedens unabdingbar, dass Kunst und Kultur geschützt werden.

David Fernández Puyana

Botschafter und Ständiger Beobachter der Universität für den Frieden beim Büro der Vereinten Nationen in Genf und in Wien sowie Ständiger Vertreter bei der UNESCO in Paris

FOCUS: Die Macht der Kulturdiplomatie

Kulturdiplomatie ist das Instrument der Soft Power, mit dem die EU Einfluss ausüben und ihre Attraktivität auf allen Ebenen steigern kann, indem deren Kultur, Werte, Geschichte und Image vermittelt werden. Darüber hinaus wird dadurch der interkulturelle Dialog gefördert, werden internationale Verbindungen geknüpft sowie Mittel und Wege der

soziokulturellen Kooperation geschaffen, was auch den politischen und wirtschaftlichen Interessen der jeweiligen Mitgliedstaaten dient.

Wie es heißt, hat Jean Monnet auf eine Frage nach dem europäischen Integrationsprozess Folgendes geantwortet: „Wenn ich noch einmal von vorne beginnen müsste, würde ich mit der Kultur anfangen“.

In Artikel 6 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union (AEUV) wird eine solidere und wirksamere Strategie für die internationale kulturelle Zusammenarbeit gefordert, um Europa zu einem stärkeren globalen Akteur und einem besseren internationalen Partner zu machen, der noch mehr zu nachhaltigem Wachstum beitragen kann. Es wird ein Modell für die kulturelle Zusammenarbeit zwischen europäischen Ländern, nationalen Kulturorganisationen und öffentlichen und privaten Einrichtungen vorgeschlagen, das sich auf die „Kulturdiplomatie“ stützt, um sich für eine Weltordnung einzusetzen, die auf Frieden, Rechtsstaatlichkeit, Meinungsfreiheit, gegenseitigem Verständnis und Achtung der Grundwerte beruht.

Im Laufe der Jahrhunderte hat der kulturelle Beitrag Europas viele Gebiete jenseits der Grenzen des alten Kontinents geprägt und es vielen Ländern auf der ganzen Welt ermöglicht, wichtige Entwicklungs- und Wachstumsprozesse einzuleiten.

Die Identität vieler Nationen wurde durch materielle und immaterielle Reichtümer beeinflusst, wie z. B. Kunst, Musik, Architektur, Sitten und Gebräuche, Literatur, Wissenschaft, Technologie, Sport, Essen und Trinken, Kunsthandwerk. All diese Aspekte, die das individuelle Kulturerbe auszeichnen, sind in der „Kulturdiplomatie“ miteinander verflochten, die zum Bereich der Kunst gezählt wird, auf der Maßnahmen zum Austausch von Vorhaben, Ideen und Traditionen beruhen, die eine strategische Rolle bei Solidaritäts- und Austauschprogrammen spielen und ein Schlüsselement der komplexesten diplomatischen und staatlichen Prozesse sind.

Die Geschichte jedes Volkes ist von internen und internationalen Konflikten geprägt. Das gemeinsame Merkmal jedes Konflikts ist in erster Linie die Summe der Schäden an dem kulturellen, künstlerischen, architektonischen und ökologischen Erbe, die allen Menschen entstehen, die diese tragischen Folgen zu tragen haben. Die Zerstörung kultureller Zeugnisse ist eine Strategie, die in eklatanter Weise gegen das Völkerrecht verstößt und darauf abzielt, den Gegner auszulöschen, indem alle Elemente seiner kulturellen, religiösen und gesellschaftlichen Identität vollständig beseitigt werden sollen. Daher gehörten künstlerische und religiöse Güter sowie Bauwerke seit jeher zu den bevorzugten Zielen in der langen Geschichte bewaffneter Konflikte. Es gibt zahlreiche internationale Abkommen und Normen des Völkerrechts, mit deren Grundsätzen die Entscheidungen bei militärischen Operationen geregelt werden. Schwerwiegende Angriffe auf das Kulturerbe gelten als Straftaten nach nationalem und internationalem Recht sowie als Kriegsverbrechen oder Verbrechen gegen

die Menschlichkeit. In der Resolution 2347/2017 des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen zum Schutz des kulturellen Erbes in bewaffneten Konflikten wird die Schlüsselrolle der UNESCO anerkannt, die sich auf sogenannte „Kultur-Blauhelme“ stützen kann.

Im Laufe der Jahre haben sich die Vereinten Nationen, die dieses Jahr den 80. Jahrestag ihrer Gründung begehen, komplexer diplomatischer und multilateraler Formen der Zusammenarbeit bedient, um Frieden, Demokratie und Stabilität in Krisengebieten zu erreichen und dafür Sorge zu tragen, dass dabei die Rechtsstaatlichkeit, die Menschenwürde und die kulturelle Identität geachtet werden. Die UNO kümmert sich darum, Strukturen der humanitären Hilfe zu verwalten sowie Bildungsprogramme auf die Beine zu stellen. Die Vereinten Nationen sind zudem zu einem wichtigen Bezugspunkt für die internationale Staatengemeinschaft geworden, die an die Grundsätze der Charta glaubt, die mit denen der Europäischen Union übereinstimmen, die vor 75 Jahren mit der Schumann-Erklärung ins Leben geboren wurde.

Obwohl der Begriff Kulturdiplomatie noch recht jung ist, gibt es diese Form der „sanften Machtausübung“ schon seit Jahrhunderten in dem Maße, dass Entdecker, Reisende, Händler, Lehrer und Künstler, die ihre Kultur in die ganze Welt getragen haben, als die ersten „Kulturdiplomaten“ betrachtet werden können.

Das Thema Kultur ist als zentrales Thema der Diplomatie zu betrachten und ermöglicht es, Soft Power nicht nur im Hinblick auf die vertretenen Werte, sondern auch in wirtschaftlicher und kommerzieller Hinsicht auszuüben, indem die interkulturellen Beziehungen und die Entwicklung der gegenseitigen Zusammenarbeit gefördert werden.

Die Zusammenarbeit wird gestärkt und vertieft, insbesondere im Hinblick auf den Schutz des kulturellen und ökologischen Erbes und unter Einbeziehung der lokalen und regionalen Gebietskörperschaften und Institutionen.

Der Dialog ist für den Aufbau von Beziehungen und die Entwicklung der Tätigkeiten in den Bereichen der Bildung und Wissenschaft mit dem Austausch von Know-how, von entscheidender Bedeutung, womit auch zur Erhaltung des Friedens beigetragen werden kann

„Wo Frieden herrscht, gibt es Kultur, und wo es eine Kultur gibt, gibt es Frieden“, sagte einst der russische Philosoph Nicholas Roerich vor einem Jahrhundert. Der Schutz und die Wertschätzung des kulturellen Erbes sind untrennbar mit der Wahrung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit verbunden.

Kulturdiplomatie ist daher ein Mittel, um für Friedens zu sorgen. Sie spielt eine strategische Rolle der Vermittlung und der Ermöglichung eines Dialogs in einer Welt zunehmend schwierigerer Konflikte und kann zum Eckpfeiler eines aufrichtigen und dauerhaften Verständnisses werden, mit dem politische Konfrontationen beendet werden können.

Monica Baldi

FMA-Vizepräsident

EPP-ED, Italien (1994-1999)

baldi.monica@email.it

FOCUS: Das Europäische Parlament, Schule der kulturellen Diplomatie

Der Alltag im Europäischen Parlament ist, als wäre man wieder in der Schule: Man lernt auf einer persönlichen Ebene, diplomatisch zu handeln und einen respektvollen Dialog mit jahrhundertelangen Feinden zu führen, um gemeinsame Ziele umzusetzen, ohne andere anzugreifen. In seiner Abschiedsrede als Präsident des Europäischen Rates von 1995 drückte François Mitterrand es voller Gefühl so aus: „Ich habe meine Kindheit umgeben von zerrissenen Familien verbracht, die alle die Toten beweinten und ihren Zorn, manchmal sogar Hass, auf den Feind von gestern pflegten. Den traditionellen Feind! Wir hatten mit jedem Jahrhundert einen anderen! ... Frankreich hatte gegen jedes europäische Land Krieg geführt, außer gegen Dänemark – man fragt sich, warum ... Wir müssen unsere Vorurteile überwinden. Das, worum ich Sie bitte, ist fast unmöglich, denn es bedeutet, dass wir unsere Vergangenheit überwinden müssen. Wenn uns das jedoch nicht gelingt, ist ganz klar, was passieren wird: Nationalismus bedeutet Krieg.“

Die kulturelle Diplomatie als kunstvolle Art, die Beziehungen zwischen politischen Akteuren zu pflegen, um gemeinsame Interessen zu fördern, Konflikte zu lösen und Einigungen zu finden, ist das Herzstück des europäischen Aufbauwerks seit der Schuman-Erklärung. Angesichts einer Vergangenheit, die von der Staatsräson und dem Kampf um die Hegemonie im Einklang mit dem Grundsatz der „harten Macht“ (Hard Power) geprägt war, der seit dem Westfälischen Vertrag in heiligen Ehren gehalten wurde, ist dies ein unorthodoxer Vorschlag. Es geht nicht nur um Macht- und Herrschaftsverhältnisse zwischen Reichen, Nationen und Regierungen, die Ausübung sanfter Macht (Soft Power) in der Zivilgesellschaft mit verschiedenen kreativen Formen ist ein Prozess, um Beziehungen zu knüpfen, die für alle Seiten bereichernd sind.

Ein deutliches Beispiel für das Verhältnis zwischen Hard Power und Soft Power ist das jüngste Konklave... Während des Weltkriegs fragte Stalin, wie viele Divisionen der Papst habe. Der neue Papst hat immer noch die Schweizer Garde – und einen globalen diplomatischen Dienst!

Der Gründer des Europakollegs, Salvador de Madariaga, definierte das gemeinsame europäische kulturelle Kapital, als er Präsident des Kulturausschusses des Kongresses der Europäischen Bewegung war, 1948 in Den Haag: Die Europäische Union ist eine Friedensstifterin, sie webt Friedensbände. Weben und Landwirtschaft sind die Haupttätigkeiten, die menschliche Gesellschaften prägen. Sie erfordern Kompetenz, Geduld und Hingabe; zum Weben gehören Fortschritte und Rückschritte. Nicht umsonst ist im Fluchtpunkt von Velázquez' Gemälde „Die Spinnerinnen“ Rubens' „Raub der Europa“ zu sehen. Kunst geht seit jeher über die europäischen Grenzen hinweg und hat die anhaltenden Kriegezeiten in Europa überdauert. „Vor allem müssen wir Europa lieben, dieses vom schallenden Lachen tönende Europa von Rabelais, das in Erasmus' Lächeln und dem Geist Voltaires erstrahlt, wo die wie Kohlen glimmenden Augen Dantes leuchten, die strahlenden Augen Shakespeares, Goethes klarer Blick und die gequälten Augen Dostojewskis. Dieses Europa, wo die Mona Lisa lächelt, dieses Europa, wo Michelangelo und David lebten, dieses Europa, wo Bachs spontanes Genie durch seine intellektuelle Geometrie erstrahlt, wo Hamlet gedankenverloren das Geheimnis seiner Untätigkeit sucht und Faust aktiv Trost für die Leere seiner Gedanken sucht, wo Don Juan bei den Frauen, die er trifft, die nie gefundene Frau sucht und wo Don Quijote mit der Lanze bewaffnet losgaloppiert, um die Realität zu bezwingen und sich über sie zu erheben. Dieses Europa, wo Newton und Leibniz das Infinitesimale berechnen,

wo die Kathedralen erstrahlen, wie es Alfred de Musset sagte, auf ihren steinernen Gewändern knieend...”

Es war nicht nur ein poetischer Aufruf: Madariaga war zusammen mit Jean Monnet im Sekretariat des Völkerbunds und hatte mit ihm für ein freies und demokratisches Europa gekämpft. Er war der Ansicht, dass der kulturelle Aspekt wesentlich für die Schaffung eines demokratischen und friedlichen Europas ist.

Ein Beispiel für konstruktive kulturelle Diplomatie, bei der Europa im Zentrum steht, ist die Verleihung des Prinzessin-von-Asturien-Preises in Kommunikation und Humanwissenschaften 2005 an die europäischen Stiftungen, die ihre Kultur im Dialog fördern: Alliance Française, Società Dante Alighieri, British Council, Goethe-Institut, Instituto Cervantes und Instituto Camões. Ein Beispiel für konstruktive kulturelle Diplomatie mit globalem Fokus ist der Prozess der Rückgabe von kulturellem Eigentum wie den Benin-Bronzen und anderen Kunstwerken, die von Museen im Zuge der europäischen Kolonialzeit angesammelt wurden. Zusammengefasst heißt das, um einmal den Grundsatz zu zitieren, der das Leben des großen Humanisten Yehudi Menuhin prägte: „Musik und Kunst fördern die Teilhabe und sind ein Gegenmittel gegen die Hindernisse, die der Harmonie zwischen den Menschen im Weg stehen. Wer Musik macht, spielt oder singt nicht nur, sondern hört auch zu.“.

Enrique Barón Crespo

PES, Spanien (1986-2009)

enriquebaronfundacion@gmail.com

FOCUS: Kulturdiplomatie und Frieden

Als traditionelles Mittel zur Förderung nationaler Interessen stellt die Kulturdiplomatie eine wirksame Unterstützung für die Schaffung und Aufrechterhaltung des Friedens zwischen den Nationen dar, da sie für die Besonderheiten und den Geist des Landes sensibilisiert, das sie fördert. Indem die Staaten auf der Grundlage von Respekt und Offenheit das eigene Erbe an materiellen und immateriellen Vermögenswerten, aber auch an Ideen, Erfahrungen und Fachwissen aufwerten, bemühen sie sich, international attraktiv zu erscheinen, Sympathie zu erwecken und einen positiven Einfluss auf ihre Gesprächspartner auszuüben, was den politischen Beziehungen, dem Austausch und letztlich der Sicherheit zugutekommt. Im Wesentlichen ist die Kulturdiplomatie eine Form von „Soft Power“, die den Willen zum Ausdruck bringt, zu teilen und zusammenzuarbeiten, und den Geist der Intoleranz und Feindseligkeit fernhält.

Es besteht daher eine sehr enge Beziehung zwischen der Kulturdiplomatie, die dazu neigt, die charakteristischen Aspekte einer Gesellschaft aufzuzeigen, und der Förderung des Friedens, die nicht ohne die Kenntnis des anderen und die Wertschätzung seiner besten Eigenschaften auskommen kann.

Aus diesem Grund wurde einige Monate nach der Gründung der Vereinten Nationen im November 1945 die UNESCO gegründet, deren Aufgabe darin besteht, im Einklang mit den Grundsätzen der Gerechtigkeit, der Rechtsstaatlichkeit, der Menschenrechte und der Grundfreiheiten durch Bildung, Wissenschaft, Kultur und Information Frieden und Verständnis zwischen den Nationen zu fördern. Die Arbeit mehrerer Foren der Vereinten Nationen zum Verhältnis zwischen Kultur und Frieden führte daher 1999 zur Verabschiedung der Resolution 53/243 über eine Kultur des Friedens, in der die Generalversammlung die Notwendigkeit feststellte, das Gefühl der Zugehörigkeit zu einer gemeinsamen Menschheit und eine Art Weltbürgerschaft, die die Gefahr von Konflikten verringern würde, zu fördern.

Eine positive Beziehung zwischen Kulturdiplomatie und Frieden, die auf der positiven Rolle des Austauschs in den Bereichen Bildung, Information und Wissen beruht, kann eine gegenseitige Abhängigkeit und Zusammenhalt zwischen verschiedenen Ländern bewirken, die über deren eigene Interessen hinaus die friedliche Koexistenz stärken und die Zusammenarbeit bei der Lösung lokaler und globaler Probleme erleichtern, wobei der Frieden eine unabdingbare Voraussetzung für eine nachhaltige Entwicklung als eines der Ziele der Agenda 2030 ist.

Während Kultur ein Faktor für Frieden ist, ist der Angriff auf die kulturellen Werte eines Volkes integraler Bestandteil bewaffneter Konflikte: Durch Angriffe auf die Kultur unterdrückt man die nationale Identität, untergräbt Sozialmodelle und vernichtet das historische Erbe. Die Zerstörung der Buddha-Statuen von Bamiyan durch die Taliban im Jahr 2001 und der Schaden, den die Stadt Palmyra 2015 durch den ISIS erlitten hat, sind die jüngsten Beispiele für einen Trend, der sich über Jahrhunderte hinweg nur allzu oft gezeigt hat. Diplomatische Interventionen zugunsten des Kulturerbes der Menschheit, auch im Zusammenhang mit dem Phänomen der Cancel Culture, die das Welterbe irreversibel schädigen könnte, sind immer noch eines der wenigen Mittel, um die materiellen und immateriellen Zeugnisse der Zivilisation zu schützen. Von Interesse ist in diesem Zusammenhang die italienische diplomatische Initiative zum Schutz des Kulturerbes und zur Bekämpfung des damit verbundenen illegalen Handels, die in Zusammenarbeit mit der UNESCO zur Gründung der

„Kultur-Blauhelme“ führte. Dies bestätigt, dass die Kulturdiplomatie selbst in bewaffneten Konflikten eine der wenigen Möglichkeiten bietet, den Dialog fortzuführen und Brücken zwischen den gegnerischen Parteien zu schlagen.

Was also kann getan werden, um eine Kulturdiplomatie zu schaffen, die es ermöglicht, einen Konsens über vorrangige Themen von globalem Interesse zu erzielen und eine internationale Agenda zu fördern, die auf Frieden, Entwicklung und dem Schutz der Menschenrechte beruht?

Erstens ist ein klarer politischer Wille von entscheidender Bedeutung, der sich auf eine starke Fähigkeit stützen kann, die zahlreichen Akteure, die an der kulturellen Förderung beteiligt sind, zu koordinieren. Die Einbeziehung des Privatsektors stellt in diesem Zusammenhang einen wichtigen Mehrwert für staatliche Maßnahmen dar, da Unternehmen und die Zivilgesellschaft, die ihrerseits von der Assoziierung mit kulturellen Initiativen profitieren, einen Multiplikatoreffekt für die internationale Ausstrahlung des Landes haben können.

Zweitens sind angemessene finanzielle und personelle Ressourcen erforderlich, um Netze tief verwurzelter Beziehungen über die nationalen Grenzen hinweg zu pflegen. Die zwischenmenschlichen Beziehungen, die durch den kulturellen Austausch aufgebaut werden, sind eine nützliche Methode zur Verbreitung von Werten, Ideen und Wissen, die Verbindungen der Wertschätzung und Freundschaft zwischen den Bürgerinnen und Bürgern und die idealen Voraussetzungen für die Friedenskonsolidierung schafft.

Schließlich müssen wir die Selbstbezüglichkeit aufgeben und eine offene und tolerante Vision der Identität anderer bieten. Kulturdiplomatie funktioniert weder, wenn sie dazu neigt, fremde Modelle aufzuzwingen, noch führt sie zu positiven Ergebnissen, wenn sie mit Propaganda vermischt wird. Sie kann auf einige Kommunikationsmittel aus dem Unternehmensmarketing zurückgreifen, um fesselnde Botschaften zu formulieren, mit denen der Ruf eines Landes gestärkt werden soll. Dabei ist jedoch zu berücksichtigen, dass die Ausübung der „Soft Power“ in den internationalen Beziehungen nicht auf eine flüchtige Popularität abzielt, sondern auf den Aufbau von Loyalität und starken Kooperationsbeziehungen. Dieses Ziel und das Ziel des universellen Friedens ist es, worauf im Rahmen der Kulturdiplomatie hingearbeitet wird.

Maria Assunta Accili

Ständiger Vertreter Italiens bei den internationalen Organisationen in Wien
Präsidentin des Circolo degli Esteri Roma

FOCUS: Wissenschaftsdiplomatie im Mittelmeerraum

Die Wissenschaftsdiplomatie kann aus verschiedenen Blickwinkeln betrachtet werden. In diesem Beitrag geht es darum, welche Funktion die Wissenschaft und damit die Wissenschaftsdiplomatie bei der Förderung der Beziehungen zwischen Ländern übernimmt, die in politische Konflikte verwickelt sind.

Der Mittelmeerraum ist durch viele politische Konflikte geprägt, was ihn zu einem geeigneten Testfeld für die Wissenschaftsdiplomatie macht.

Die Wissenschaft bedient sich eines vernunftorientierten Diskurses, der universell anwendbar sein soll. Der Ansatz basiert auf systematischer Skepsis, wobei die Zusammenarbeit zwischen verschiedenen Disziplinen und Ländern gefördert wird. Talent ist gleichmäßig über die Gesellschaften verteilt, und wissenschaftliche Programme dienen seiner Entfaltung. Diese Elemente begünstigen die Zusammenarbeit und schaffen vor allem Vertrauen.

Bei der Partnerschaft für Forschung und Innovation im Mittelmeerraum (PRIMA) handelt es sich um ein wissenschaftliches Programm, das auf Initiative von 20 Ländern – zwölf EU-Mitgliedstaaten und acht Drittstaaten – ins Leben gerufen wurde, die überwiegend im Mittelmeerraum liegen. Sie wird zu 50 % von den Teilnehmerstaaten finanziert, die restlichen 50 % stammen aus dem EU-Rahmenprogramm für Forschung und Innovation „Horizont Europa“. Für den Zeitraum 2018-2027 verfügt PRIMA über einen Haushalt von 700 Mio. EUR. Die Partner aus Drittstaaten stellen 35 % bis 38 % der wissenschaftlichen Teams des Programms, die sich derzeit auf insgesamt 2 500 belaufen.

PRIMA ist eine Initiative gemäß Artikel 185 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union, was bedeutet, dass sie der Billigung durch den Rat und das Parlament bedarf. Das Parlament hat das Programm sogar zweimal gebilligt – bei seiner Einführung im Jahr 2017 und erneut im Jahr 2023 für seine Verlängerung.

Mit PRIMA soll zur Bewältigung der Herausforderungen beigetragen werden, mit denen alle Länder in der Region konfrontiert sind. Der Klimawandel ist im Mittelmeerraum ein besonders brisantes Thema, da die Temperatur dort 20 % mehr als im weltweiten Durchschnitt gestiegen ist. Wasserknappheit, nicht nachhaltige Landwirtschaftsmethoden, Ernährungssicherheit, adäquate Nährstoffversorgung und Migration sind strukturelle Probleme, die im Mittelmeerraum aktuell sind und durch den Klimawandel noch verschärft werden.

Zur Bewältigung des Klimawandels sind Maßnahmen zur Eindämmung und Anpassung erforderlich. Die Eindämmung obliegt in erster Linie den Mitgliedstaaten der EU, während die Drittstaaten über mehr Erfahrung mit der Anpassung an den Klimawandel verfügen und in diesem Bereich bereits optimierte Verfahren entwickelt haben. Für die EU ist das enorm wichtig, da sich die Länder im Norden voraussichtlich auf hohe Temperaturen einstellen müssen, auf die sie nicht vorbereitet sind. Sie könnten sich dabei aber auf die Erfahrungen der Länder im Süden stützen.

An den Forschungs- und Innovationsprojekten im Rahmen von PRIMA sind unter anderem Partner aus Marokko und Algerien, Israel und mehreren seiner Nachbarländer beteiligt – auch wenn diese Zusammenarbeit in letzter Zeit zunehmend schwierig gestaltet. Ferner nehmen auch Griechenland und die Türkei teil. Das PRIMA-Programm hat eine ausgeprägte

geschlechtsspezifische Dimension, was für die Region von großer Bedeutung ist. Die Länder im südlichen Mittelmeerraum sind schlecht miteinander vernetzt. Der Handel zwischen ihnen macht nur 6 % ihres gesamten Handelsvolumens aus. Forschung und Innovation sind eine weitere Möglichkeit, um die Vernetzung zu fördern. Zu Beginn des Programms in den Jahren 2018-2019 existierten viele Hindernisse, die die Zusammenarbeit zwischen Partnern aus verschiedenen Ländern im südlichen Mittelmeerraum erschwerte, wovon auch der Transfer von Mitteln betroffen war. Heute haben die Länder viele ihrer internen Verfahren aufeinander abgestimmt, um die Zusammenarbeit zwischen Partnern aus verschiedenen Ländern zu erleichtern.

Außerdem wurde durch die Wissenschaft eine gemeinsame Wissenschaftskultur gefördert, die auch in die öffentlichen Verwaltung vorgedrungen ist. Wissenschaftliche Bewertungen und Rankings von Projekten, die sich ausschließlich auf Qualitätskriterien stützen, werden heutzutage vollständig akzeptiert, was vor einigen Jahren noch nicht der Fall war. Auch die Mobilität von Forschenden ist ein wichtiger Faktor. Es gibt keinen besseren Weg, um Wissen zu erwerben und zu verbreiten, als wenn Menschen aus der Wissenschaft von Ort zu Ort reisen, sich mit der wissenschaftlichen Praxis vertraut machen und ihr Wissen und Know-how weitergeben.

Das für den Mittelmeerraum zuständige Kommissionsmitglied Dubravka Šuica hat betont, dass im neuen Pakt für den Mittelmeerraum der Wissensaustausch und Hochschulen wesentliche Fokuspunkte der EU-Politik für diese Region sein werden.

Die Projekte und ihre Ergebnisse tragen dazu bei, politische Spannungen abzubauen. Die Projektergebnisse lassen sich im Allgemeinen in zwei Kategorien einteilen: optimierte Verfahren, die sich in politische Maßnahmen umsetzen lassen, und Produkte und Dienstleistungen, die irgendwann auf den Markt gebracht werden können. Im Rahmen der meisten Projekte werden optimierte Verfahren ausgearbeitet. Dabei wird an Vorzeigestandorten in verschiedenen Ländern aufgezeigt, wie Wasser gespart, der Einsatz von Düngemitteln und Pestiziden reduziert, der Ernteertrag verbessert, die Lebensmittelverschwendung verringert und eine ausgewogene Ernährung erreicht werden kann und wie sich das Einkommen der Landwirte steigern lässt. Sehr oft handelt es sich bei den Projektergebnissen um Entscheidungshilfen. Diese werden in der Regel in Form einer kostenlosen und benutzerfreundlichen App bereitgestellt. Schließlich verfügen die meisten Landwirte über ein Smartphone, und die eher jüngere Bevölkerung der südlichen Länder profitiert davon, dass sie mit digitalen Technologien aufgewachsen ist.

Insgesamt lässt sich feststellen, dass die Wissenschaft eine gute Möglichkeit bietet, die Zusammenarbeit zwischen Teams aus Ländern zu fördern, die in politische Konflikte verwickelt sind, bei denen Emotionen sehr oft eine große Rolle spielen und die Situation verschärfen. Die Wissenschaft bedient sich einer vernunftorientierten Sprache, bemüht sich um die Bewältigung gemeinsamer Herausforderungen, erkennt an, dass sich diese Herausforderungen nur in Zusammenarbeit meistern lassen, und setzt auf Vertrauensbildung. Angesichts der zahlreichen politischen Konflikte im Mittelmeerraum ist PRIMA ein Beispiel dafür, wie Forschung und Innovation genutzt werden können, um die Zusammenarbeit zu fördern und Vertrauen zwischen den Partnern in den teilnehmenden Ländern aufzubauen.

Dr. Octavi Quintana

Direktor der PRIMA-Stiftung

octavi.quintana@prima-med.org

Die Artikel wurden professionell ins Deutsche übersetzt.

Einige Elemente wurden jedoch automatisch übersetzt und können kleinere Fehler enthalten.

FOCUS: Storytelling, Soft Power und Demokratie

In seinem Essay „Der Erzähler“ unterscheidet der deutsche Philosoph Walter Benjamin zwischen zwei Arten von Geschichtenerzählern¹: Einer ist der Reisende – oft ein Händler, Seemann oder Soldat –, der aus der Ferne mit Geschichten von fernen Ländern und unbekannten Bräuchen zurückkehrt. Der andere ist die Person, die daheimbleibt – der Landarbeiter, Handwerker oder örtliche Älteste – und die Weisheit, die Werte und die Überlieferungen der Gemeinschaft weitergibt. Die Dynamik des Geschichtenerzählens, so Benjamin, ergibt sich aus der Begegnung dieser beiden Traditionen – eine nach außen gerichtet und offen für Neues, die andere lokal verortet und die Tradition bewahrend. Benjamin notiert, dass der Erzähler sich bei dem, was er erzählt, aus der Erfahrung – der eigenen oder der berichteten – bedient und dies wiederum zur Erfahrung seiner Zuhörer macht.

Diese Bereicherung der Erfahrung bietet eine wirkungsvolle Analogie zur Soft Power der Kulturdiplomatie in der Europäischen Union. Die kulturelle Stärke Europas liegt in ihrer Fähigkeit, den Austausch zwischen den Kulturen zu fördern und gleichzeitig die Besonderheiten von Orten, Traditionen und Überliefertem zu würdigen. Aus diesem Impuls ist das europäische Projekt selbst hervorgegangen. Nach dem Zweiten Weltkrieg waren die politischen Führer nicht nur bestrebt, wirtschaftlich zusammenzuarbeiten und ihre Institutionen aufeinander abzustimmen, sondern Europa auch in kultureller Hinsicht neu zu gestalten und ein gemeinsames europäisches Bewusstsein zu schaffen, das Komplexität, Pluralität und Wiederaufbaubemühungen in sich vereinen konnte. Dieser Ehrgeiz lebt in der Kulturdiplomatie der EU weiter, die das gegenseitige Verständnis fördert, indem sie gemeinsame Räume für Begegnungen, Interpretation und Lernen öffnet.

Hier lassen sich zahlreiche Beispiele anführen. Das von der EU finanzierte Haus der Europäischen Geschichte stellt nicht nur Artefakte aus, sondern regt seine Besucher auch dazu an, über die Pluralität europäischer Erzählungen nachzudenken. Das Programm „Kulturhauptstadt Europas“ lädt die Städte ein, ihre lokale Identität zu präsentieren und gleichzeitig Gastaufenthalte für Künstler und Denker aus ganz Europa zu ermöglichen – eine Maßnahme, die sowohl Bürgersinn als auch Transparenz fördert. Das Neue Europäische Bauhaus definiert Nachhaltigkeit sowohl im technischen, als auch im kulturellen Sinne als Herausforderung und lädt die Gemeinschaften ein, gemeinsam eine schönere, inklusivere und grünere Zukunft aufzubauen.

EIT Culture & Creativity, die jüngste Wissens- und Innovationsgemeinschaft, die vom Europäischen Innovations- und Technologieinstitut eingerichtet wurde, unterstützt und erweitert traditionelle Kompetenzen wie handwerkliche Fertigkeiten, indem sie in Innovationsökosysteme eingebettet werden, die sich aktuellen Herausforderungen widmen. Auf diese Weise werden Generationen, Regionen, Disziplinen und Technologien miteinander verknüpft, was zur Erneuerung des demokratischen und kulturellen Gefüges Europas beiträgt.

¹ Benjamin, W., „Der Erzähler: Betrachtungen zum Werk Nikolai Lesskows“, trans. Zohn, H., in Arendt, H. (Hrsg.) *Illuminations*, New York: Schocken Books, 1968, S. 83-109.

Die Artikel wurden professionell ins Deutsche übersetzt.

Einige Elemente wurden jedoch automatisch übersetzt und können kleinere Fehler enthalten.

Die Kulturdiplomatie spielt auch in den globalen Beziehungen Europas eine entscheidende Rolle. Initiativen wie EUNIC (Gemeinschaft der europäischen Kulturinstitute) legen den Schwerpunkt auf kooperatives kulturelles Engagement und Partnerschaften zum gegenseitigen Nutzen. Die Unterstützung der EU für die Wiederherstellung von Kulturerbestätten in Gebieten nach Konflikten oder die Förderung des künstlerischen Austauschs mit dem Globalen Süden steht für eine Diplomatie, die nicht auf Nostalgie, sondern auf Solidarität beruht.

Die Bedeutung dieser Arbeit kann nicht genug betont werden. In einer Zeit, die von Polarisierung, Desinformation und reaktivem Nationalismus geprägt ist, muss Europa eine andere Art des Seins in der Welt vorgeben: aufmerksam, neugierig, sogar spielerisch – doch zugleich selbstbewusst und kritisch engagiert. Benjamins Essay erinnert uns daran, dass kulturelle Stärke weder im Rückzug in eine idealisierte Vergangenheit noch im unersättlichen Konsum immer neuer Dinge liegt, sondern in einem nachhaltigen und konstruktiven Dialog zwischen dem Unbekannten und dem Vertrauten – zwischen den Stimmen, die neue Geschichten erzählen, und denen, die erinnern und wiederholen, was wir zu vergessen drohen.

In Kulturdiplomatie zu investieren ist daher kein Luxus – ein bloßes ästhetisches Anhängsel von Außenpolitik –, sondern ein Mittel zur Stärkung der grundlegenden Bedingungen eines demokratischen und friedlichen Austauschs: die Fähigkeit, in einem produktiven Dialog unterschiedliche Perspektiven zu vertreten, zwischen unterschiedlichen historischen Erfahrungen zu vermitteln und Formen der internationalen Zusammenarbeit zu unterstützen, die auf gegenseitigem Respekt und nicht nur auf strategischer Ausrichtung beruhen.

Europas Soft Power liegt in seiner Fähigkeit, den Dialog und die Zusammenarbeit und damit das Innovationspotenzial durch kulturellen Austausch zu fördern. Wenn Kulturdiplomatie auf Gegenseitigkeit, Rechenschaftspflicht und Achtung der Vielfalt beruht, stärkt sie sowohl den inneren Zusammenhalt als auch die Glaubwürdigkeit von außen. Sie ermöglicht es der EU, ihre Werte nicht mit Gewalt, sondern durch inklusive und partizipative Praktiken zu vermitteln, die ihr Engagement für Offenheit, Pluralismus und gemeinsame Verantwortung bei der Bewältigung komplexer globaler Herausforderungen widerspiegeln.

Kurz gesagt, die Kultur ist ein unverzichtbares Instrument für das Wirken Europas nach innen wie nach außen. Sie untermauert die Glaubwürdigkeit Europas als Partner – nicht durch Marketing oder Markenführung –, sondern durch die Veranschaulichung integrativer, historisch fundierter, transformativer Formen der Zusammenarbeit. So können wir unser gemeinschaftliches Ziel nicht nur rechtzeitig erreichen, sondern uns dabei auch austauschen und voneinander lernen.

Dr. Rolf Hughes

Bildungsdirektor, EIT Kultur & Kreativität
rolf.hughes@eit-culture-creativity.eu
eit-culture-creativity.eu